



Johann Saathoff
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der Landesgruppe
Niedersachsen/Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73155
Fax: (030) 227 - 70155
Email: johann.saathoff@bundestag.de

Paul-Löbe-Haus
Raum 7.044

Büro Norden
Burggraben 46
26506 Norden
Tel: (04931) 4417
Fax: (04931) 9301673
Johann.saathoff.ma03@bundestag.de

www.johann-saathoff.de

Berlin, 13.11.2019

Johann Saathoff MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
An den Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Peter Altmaier, MdB
Scharnhorststr. 34-37

- per Post austausch -

Kurzfristige Maßnahmen für die Windkraft in Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

gern lasse ich Ihnen, wie gestern in der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie besprochen, die aus meiner Sicht dringenden Punkte für die laufende Gesetzesnovelle zukommen.

Bereich Erneuerbare Energien

Ihr Vorschlag für die EEG-Novelle ist in meinen Augen noch nicht konsistent hinsichtlich der Herausforderungen, die eine Erreichung des Ziels von 65% Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in 2030 an die Rahmenbedingungen stellt. Ich begrüße die vorgeschlagene Verankerung des 65%-Ziels ebenso wie die Streichung des §36g, die verunglückte Regelung, mit der Bürgerenergiegesellschaften ohne BImSch-Genehmigung an Ausschreibungen teilnehmen konnten.

Ergänzend schlage ich folgende Maßnahmen vor:

- die Festlegung **verbindlicher Ausbaupfade der einzelnen Technologien bis 2030** und damit eines Bekenntnisses der Politik zu Windenergie aus Deutschland für Deutschland;
- Regelungen für ein **vereinfachtes Repowering**, weil viele bestehende Anlagen vor Ort akzeptiert sind und z. T. sogar Menschen vor Ort an den Anlagen beteiligt sind; neue Anlagen würden bestenfalls eine geringe Mehrbelastung darstellen;
- die Verankerung der sog. de-minimis-Ausnahme von **18 MW für Windkraft**, wie sie die EU sogar schriftlich bestätigt hat; die Gebote in den Ausschreibungen orientieren sich aufgrund der Knappheit ohnehin am Höchstpreis, sodass die de-minimis-Ausnahme nur diesem Umstand Rechnung tragen würde;
- die Konflikte um die Drehfunkfeuer (DVOR und VOR) müssen zügig gelöst werden. Als erster dringend erforderlicher Schritt sollte der **Prüfbereich um Drehfunkfeuer auf maximal 10km** reduziert werden.

- der zukünftige Ausbau der Windkraft sollte regional besser verteilt und dafür eine Südbonus oder eine **Südquote für Ausschreibungen** vereinbart werden;

- **Windenergie vorrangig und vereinfacht in Gewerbe- und Hafengebieten sowie der Nähe von Bundesautobahnen** zulassen, weil es dort ohnehin wenig oder keine Wohnbebauung gibt. Die bisherigen diesbezüglichen Restriktionen gehören auf den Prüfstand;

- Industriebetriebe haben ein großes Interesse daran, sich selbst ohne Nutzung des öffentlichen Stromnetzes mit Strom aus Windenergie zu versorgen; hier liegt enormes Potenzial, dass schnell gehoben werden könnte;

- zügige **Konkretisierung der sog. „signifikanten Wohnbebauung“ auf über 20 Wohnhäuser**, um ausreichend Potenzialflächen für Windenergie zu haben;

- Umsetzung der Akzeptanzmaßnahme der **wirtschaftlichen Beteiligung der Standortgemeinden** und damit aller Menschen in den Gemeinden;

- sofortige **Verabschiedung AVV** zur Umsetzung der Akzeptanzmaßnahme der **bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung** zur Abschaffung der störenden dauerhaft blinkenden roten Befeuerung von Windkraftanlagen bei Dunkelheit; Hersteller und Windkraftbranche brauchen hier schnell Rechtssicherheit.

Bereich Stromnetze

Sehr begrüßt habe ich daher den von Ihnen angestoßenen Prozess für einen Aktionsplan Stromnetze. Leider habe ich von diesem Prozess, innerhalb dessen auch von einem Kabinettsbeschluss die Rede war, seit Monaten nichts mehr gehört.

Maßnahmen wie

- Freileitungsmonitoring,
- Hochtemperaturleiterseile,
- innerdeutsche Phasenschieber,
- Speichereinsatz,
- Interkonnektibilität von Verteilnetzen,
- reaktive Betriebsführung mittels Netzboostern,
- dynamische Beurteilung der Netzsicherheit

können zum Teil sogar sehr kurzfristig zu einer höheren Auslastung der bestehenden Stromnetze und damit zu einer Minderung der Redispatchkosten führen.

Deutschland muss noch in diesem Jahr einen **Maßnahmenplan inklusive Zeitplan zur höheren Auslastung des Stromnetzes** an die Europäische Kommission schicken, da ansonsten die Aufteilung Deutschlands in verschiedene Stromgebotzonen droht. Ich hoffe, dass Sie diese Maßnahmen im Rahmen dieses Maßnahmenplanes aufgreifen werden.

Diese Maßnahmen müssen aber **im Rahmen der anstehenden Novelle der Anreizregulierungsverordnung durch entsprechende Regelungen abgesichert werden**, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen von den Übertragungsnetzbetreibern umgesetzt und zum entsprechenden Zeitpunkt auch wirksam werden.

Sehr geehrter Herr Minister, der Ausbau der Windkraft in Deutschland muss dringend wieder in Fahrt kommen. Wie Sie wissen, geht es um tausende Arbeitsplätze. Nicht zuletzt bedingt der Ausbau der Erneuerbaren Energien aber auch, wieviel fossile Kapazitäten überhaupt noch betrieben werden können. Mit Maßnahmen, die sich diesem Ziel unterordnen, können wir gemeinsam ein Signal an die Branche senden.

Mit freundlichen Grüßen

Johann Saathoff, MdB

